

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
**der Kommission zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern u. ausländischen
Flüchtlingen**

am Mittwoch, **06.05.2009**, 16:30 Uhr,
Kristiansand-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Richard-Michael Halberstadt , Andreas Nicklas , Wilfried Teuteberg Vertretung für Herrn
Meik Bolte

von der SPD-Fraktion

Maria Anna Hakenes

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Brigitte Hasenjürgen

von der FDP-Fraktion

Wolfgang Klein

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Ursula Blankenstein

von der Verwaltung

Rolf Finke , Jochen Köhnke , Hans-Joachim Schlumm , Monika Schuller

für die Schriftführung

Susanne Jostameling

Es fehlten:

Ali Atalan , Meik Bolte, Spyridon-Paul Marinos

nichtöffentlicher Sitzungsteil Es fand keine nicht-öffentliche Sitzung statt.

Tagesordnung

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift vom 17.03.2009
3. Eingänge und Mitteilungen
4. Save-me-Kampagne - Frau Hasenjürgen
5. Bericht des Dezernenten für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten
6. Bericht des Sozialamtes
7. Bericht des Amtes für Ausländerangelegenheiten
8. Schriftführung und Vertretung in der Kommission zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen
9. Verschiedenes

V/0294/2009
V

Punkt 1 der Tagesordnung

Genehmigung der Tagesordnung

Herr Halberstadt begrüßte die Anwesenden. Er entschuldigte Herrn Bolte. An seiner Stelle nahm Herr Teuteberg als Stellvertreter teil.

Punkt 2 der Tagesordnung

Genehmigung der Niederschrift vom 17.03.2009

Die Niederschrift wurde wie vorgegeben verabschiedet.

Punkt 3 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Köhnke berichtete. Aus Zeitgründen, da eine Sitzung des Ausländerbeirates im Anschluss stattfand, werden der Großteil der Eingänge und Mitteilungen an diese Niederschrift gehängt. Die beigefügten Informationen wurden nicht in der Sitzung bekannt gegeben.

Herr Köhnke teilte mit, dass es zurzeit keine berufsbezogenen Sprachkurse des BAMF in Münster gäbe. In der Presse hatte das BAMF die Maßnahmen angekündigt. Die Arbeitsgemeinschaft Münster bietet aber aus eigenen Mitteln, in Kooperation mit dem Bildungsinstitut Münster berufsbezogene Fortbildungskurse mit Sprachanteil für Migranten an. Ansprechpartnerin ist Frau Heike Berndt vom Bildungsinstitut Münster.

Auf der Bundeskonferenz in Duisburg am 04. und 05.05.2009 berichtete Frau Prof. Böhmer, dass die Bundesregierung beabsichtigt, ihre Haltung zum § 104 a bezüglich der Bleiberechtsregelung mit den Ländern gemeinsam zu konkretisieren. Die Konkretisierung bedeutet in der tat-

sächlichen Lebenswirklichkeit dann, dass ein Paradigmenwechsel bevorsteht. Folgende Veränderungen wurden in Aussicht gestellt:

1. Der Stichtag 31.12.2009 soll aufgehoben werden (Ein Ersatztermin wurde noch nicht benannt. Es scheint so zu sein, dass zunächst von einem weiteren Jahr auszugehen ist.).
2. Der Begriff „überwiegend wird dann bedeuten, dass mindestens 51 % der Bemessungsgrundlage für die Finanzierung und Versorgung der Personen durch eigene Leistung/Arbeit erbracht werden muss.

Da sich in der Woche zuvor der Staatssekretär des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen Herr Brendel in der Tendenz ähnlich äußerte und darüber hinaus Herr Minister Laschet, der ebenfalls auf dem Kongress in Duisburg zugegen war, den Äußerungen nicht widersprach, scheinen die Vorgespräche schon einen hohen Konkretisierungsgrad erreicht zu haben. Offensichtlich wurde erkannt, dass die bisherigen Voraussetzungen im Rahmen der Bleiberechtsregelung insbesondere die wirtschaftlichen Erwartungen selbst unter erheblichen Anstrengungen und bestem Willen meist nicht erreicht werden können. Zusätzlich ist zu bemerken, dass aufgrund der Vorläufer der Auswirkungen der aktuellen wirtschaftlichen Krise jetzt schon festzustellen ist, dass der Arbeitsmarkt sich erheblich verjüngt.

In der WN gibt es eine neue Serie „So leben und arbeiten Zuwanderer in Münster“. Dies ist das Ergebnis des Migrationsleitbildes. Die Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten hat in Kooperation mit dem Presseamt einen Redakteur beauftragt diese Serie zu veröffentlichen. Es sollten positive Beispiele aufgezeigt werden.

In Münster hat im April 2009 ein Romalehrer-Verein seine Arbeit aufgenommen. Der Verein beabsichtigt in Münster beispielhaft für Roma-Kinder Konzepte zu entwickeln, um die Kinder für die zukünftige Wissensgesellschaft fit zu machen. Die Vereinsvertreter formulieren als eines der wesentlichen Merkmale das Defizit vieler Eltern, bis heute nicht erkannt zu haben, dass ohne Bildung eine vernünftige finanzielle, wie soziale Einbindung in die Gesellschaft kaum oder nicht möglich sein wird. Es sei davon auszugehen, dass die Kinder durch ihre Elternhäuser nicht in dem notwendigen Maße begleitet und aufgefordert werden, Schulbildung an- und wahrzunehmen. Der Verein besteht seit nunmehr ca. 1 Jahr und setzt sich ausschließlich aus ehemaligen aktiven, ausgebildeten Lehrern aus dem Kosovo zusammen. Am 26.04.2009 gab es eine Auftaktveranstaltung dieses Vereines, um in der Öffentlichkeit bekannt zu werden. Der Verein soll ggf. mit Netzwerkpartnern kooperieren. Die Tochter eines Vereinsmitgliedes hat ihr Studium an der WWU Münster aufgenommen.

Ansprechpartner ist H. Jasharaj (E-Mail: Ragip.Jasharaj@gmx.net)

Für Schüler der 7. bis 10. Klasse, die eine Zuwanderungsgeschichte haben, bietet die START-Stiftung in Nordrhein-Westfalen für das Schuljahr 2009/2010 Stipendien an. Das Programm der START-Stiftung will leistungsstarken und gesellschaftlich engagierten Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungsgeschichte verstärkt die Möglichkeit zu einer höheren Schulbildung und damit verbunden bessere Chancen für eine gelungene Integration bieten.

<http://www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel/kultur/8731-schuelerstipendien-fuer-begabte.html>

Dr. Klaus Lefringhausen ist im Alter von 74 Jahren an den Folgen eines Autounfalls in Südafrika gestorben. Die Verständigung zwischen Religionen und Kulturen war für Dr. Klaus Lefringhausen in seinem langen Berufsleben zur Lebensaufgabe geworden. Von 2001 bis 2005 war er Integrationsbeauftragter der Landesregierung von NRW. Zuvor hatte er als Geschäftsführer des Deutschen Forums für Entwicklungspolitik und als Nord-Süd-Beauftragter des Ministerpräsidenten weltweit bei Konflikten vermittelt. Herr Köhnke bedauerte seinen plötzlichen Tod und auch den Verlust für die Migrations- und Integrationsarbeit.

Punkt 4 der Tagesordnung**Save-me-Kampagne - Frau Hasenjürgen**

Mit Zustimmung der Mitglieder erteilte der Vorsitzende Herrn Hügel von der GGUA das Wort. Dieser erläuterte die Save-Me-Kampagne. Die Vortragsunterlagen von Herrn Hügel sind als Anlage dieser Niederschrift beigelegt.

Frau Hasenjürgen fragte nach, wer in Münster initiativ werde. Herr Hügel sieht als Zielperspektive ein breites Bündnis von vielen Beteiligten, die in der Migrationsarbeit tätig sind.

Die Kommissionsmitglieder wollen wissen, wie die Kirchen in Münster sich zur Save-me-Kampagne positionieren. Dies soll bis zur nächsten Sitzung geklärt werden.

Herr Teuteberg sieht es als wichtig an, dass die Menschen bei den Planungen der Kommission mitgenommen werden.

Herr Schindler bat darum, dass Herr Köhnke in der AG über die Save-me-Kampagne berichtet.

Um parteiübergreifend ein Meinungsbild herzustellen und einen Konsens zu finden, soll diese Thematik auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden.

Punkt 5 der Tagesordnung**Bericht des Dezernenten für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten**

Herr Köhnke teilte mit, dass in der Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten geklärt wurde, wer AnsprechpartnerIn für welches Handlungsfeld zur Umsetzung des Migrationsleitbildes ist. Die Zuständigkeiten werden dieser Niederschrift beigelegt. Frau Jostameling übernimmt neben ihren zahlreichen anderen Aufgaben das Handlungsfeld Gesundheit.

Es gibt bundesweit bisher keine einheitliche Regelung bis zu welcher Generation von einer Person mit Migrationsvorgeschichte gesprochen wird und oft neben der Erfassung von Ausländern auch keine Datenerfassung zu Menschen mit Migrationsvorgeschichte, die einen erheblich größeren Anteil in der Bevölkerung ausmachen. In den Niederlanden sind bereits 5 Mio. Orte koordiniert. Das System der Niederlande soll als Vorbild gelten für die Datenerfassung in Münster.

Punkt 6 der Tagesordnung**Bericht des Sozialamtes**

Herr Finke berichtete. Sein Vortrag ist als Anlage beigelegt.

Punkt 7 der Tagesordnung**Bericht des Amtes für Ausländerangelegenheiten**

Herr Schlumm berichtete. Sein Vortrag ist als Anlage beigelegt.

Frau Hasenjürgen fragte nach dem Spielraum der Behörde hinsichtlich der Auslegung von „den Lebensunterhalt überwiegend selber sicherstellen“. Herr Schlumm teilte mit, dass ein Erlass vorläge, der erst durch das Innenministerium geändert bzw. aufgehoben werden müsste, um der Kommune einen entsprechenden Spielraum einzuräumen.

Die Kommissionsmitglieder interessieren die Arbeitsergebnisse bzw. Erfolge des Projektes MAMBA. Zahlenmäßige Ergebnisse wurden von Herrn Schlumm erbeten, der die vorläufigen

Aufenthaltserlaubnisse zum Jahresende in seinem Fachbereich überprüfen muss.

Herr Hügel teilte mit, dass die Stadt Münster mit ihrem Projekt MAMBA bundesweit sehr gut dastehe, da innerhalb der Stadt eine gute Netzwerkarbeit stattfindet.

Leider sehen einige Flüchtlinge, die den 01.04. als Stichtag verpasst haben für sich selber keine Chance mehr ein Bleiberecht zu erhalten, und nehmen die Hilfeleistungen durch das Projekt nicht in Anspruch. Erschwerend sind die Fristen und die Wirtschaftskrise.

Herr Köhnke ergänzte, dass durch das Projekt MAMBA etwas über 100 Personen erreicht werden. Es handelt sich um sehr komplizierte Einzelfälle, sodass diese Anzahl bemerkenswert sei.

(Anmerkung der Schriftführerin: Zu dem Projekt MAMBA wird in die Sitzung nach der Sommerpause eine MitarbeiterIn von MAMBA eingeladen.)

Herr Teuteberg fragte nach der rechtlichen Situation der Familien, die zwischenzeitlich in anderen Ländern waren. Sie können die entsprechenden zusammenhängenden Jahre des Aufenthaltes durch ihre Unterbrechung nicht nachweisen.

Herr Schlumm antwortete, dass sich durch die Fristverlängerung des Stichtages die Chancen der Familie verbessern.

**Punkt 8 der Tagesordnung
VI/0294/2009**

**Schriftführung und Vertretung in der Kommission
zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewer-
bern und ausländischen Flüchtlingen**

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen. Frau Jostameling ist Schriftführerin in der Kommission zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen und Frau Rischer ihre Stellvertreterin.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Durch Terminschwierigkeiten bzw. Überschneidungen wurde der Termin der nächsten Sitzung am 09.06.2009 auf 17.30 Uhr gelegt.

Alle Vertreterinnen und Vertreter der Kommission erhalten auf Wunsch von Herrn Teuteberg und Herrn Klein die Niederschriften zugeschickt.

In der nächsten Sitzung wird ein Meinungsbild zur Save-me-Kampagne erstellt.

Ende der Sitzung: 17:30 Uhr

gez. Richard-Michael Halberstadt
Vorsitz

gez. Susanne Jostameling
Schriftführung

Informationen die der Niederschrift beigelegt werden:

Die Handlungsfelder im Rahmen des Migrationsleitbildes wurden bei V/MIA wie folgt aufgeteilt:

Andrea Reckfort	Ximena Meza Correa-Flock	Susanne Jostameling	Stephan No-ver
Wirtschaft und Arbeit	Rechtliche Integrationsbegleitung	Gesundheit	Wohnen und Stadtentwicklung
Personalentwicklung und Fortbildung	Kinder- und Jugendhilfe, soziale Leitungen und Dienste		
Presse und Öffentlichkeitsarbeit	Kultur und Sport		
50 % Sprache und Bildung (Berufs- und Lebenswegplanung, Erwachsenenbildung bis hin zur Bildungsarbeit für ältere Menschen)	50 % Sprache und Bildung (Elementarbildung, Eltern-/ Familienarbeit und Übergänge vom Kindergarten bis in die weiterführende Schule)		
Strategische Ausrichtung und Prozessbegleitung (Masterplan), übergeordneten Leitziele	Einbindung und Beteiligung der Migrantinnen- und Migrantenselbstorganisationen (MSO's) und Glaubensgemeinschaften		

Flüchtlinge in Münster:

Am 17. März 2009 hat ein Sprach- und Orientierungskurs für Flüchtlinge begonnen, die keinen Anspruch auf einen Integrationskurs des Bundes haben. Die Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten koordiniert den Kurs, WipDAF führt in Kooperation mit einer Ehrenamtlichen den Kurs durch. Die TeilnehmerInnen erhalten bei Bedarf Busfahrkarten. Der Kurs findet im Wuddi in Kinderhaus statt und hat insgesamt 180 Unterrichtsstunden verteilt über 3 Monate von montags bis freitags.

Neue Adresse der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ist ab sofort über eine neue E-Mail-Adresse erreichbar. Sie lautet: integrationsbeauftragte@bk.bund.de <<mailto:integrationsbeauftragte@bk.bund.de>>.

Telefonisch bleibt die Geschäftsstelle der Beauftragten über die gewohnte zentrale Durchwahl 030/4000-1640 erreichbar.

Monat Februar:

Im Februar 2009 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 1.936 Asylersanträge gestellt. Die Zahl der Asylbewerber im Vergleich zum Vormonat um 406 Personen (-17,3 Prozent) gesunken und gegenüber dem Vorjahresmonat Februar 2008 um 118 Personen (6,5 Prozent) gestiegen.

Düsseldorfer Landtag debattiert über die Änderung des § 27 GO

Der Entwurf des „Gesetzes zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden“ der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP war am 01. April 2009 Gegenstand der Beratung in der Plenarsitzung des Landtages. Bereits am 26. März 2009 fand eine Anhörung im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Integration sowie Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform zum Gesetzentwurf der Fraktion B'90/Die Grünen statt.

Gesucht: Neue Ideen für Integration durch Musik

50.000 Euro Fördermittel der Liz Mohn Kultur- und Musikstiftung / Bewerbung bis Ende Juni 2009

Bis zum 30. Juni 2009 sind deutschlandweit Akteure mit gemeinnütziger Zielsetzung eingeladen, musisch orientierte Projekte für eine erfolgreiche Integration von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Die Umsetzung von maximal 15 der eingereichten Projektanträge wird die „Ideeninitiative ‚Integration durch Musik‘“ mit jeweils bis zu 5.000 Euro unterstützen. Nähere Angaben zum Bewerbungsverfahren und ein Leitfaden für den Projektantrag stehen unter www.kultur-und-musikstiftung.de.

Gesucht werden wieder praktische Beispiele mit Vorbildfunktion, die zeigen, wie Musik die Integration fördert. Die Laufzeit der Projekte sollte zunächst drei Monate nicht überschreiten.

Rückfragen an: Nadine Lindemann, Telefon: 0 52 41 / 81-81 533; E-Mail: linde-mann@kultur-und-musikstiftung.de

Weitere Informationen finden Sie unter: www.kultur-und-musikstiftung.de.

Veranstaltungstermine:

Woche der Weiterbildung für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Partner aus verschiedenen Bereichen veranstalten gemeinsam die Woche der Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund. In der bundesweiten Aktionswoche vom 25.-31. Mai 2009 werden Bildungseinrichtungen, große und kleine Betriebe, öffentliche Verwaltungen und Mittelgeber aufgerufen: Sprechen Sie Migrantinnen und Migranten an! Informieren Sie über Weiterbildungsmöglichkeiten. Ermitteln Sie informelle Kompetenzen. Fördern Sie und nutzen Sie vorhandene Potenziale!

Das Kompetenzzentrum Pro Qualifizierung - Interkulturelle Öffnung mit dem Transferprojekt Woche der Weiterbildung bei IQ Consult führt zum dritten Mal die Woche der Weiterbildung durch, zuerst nur in Nordrhein-Westfalen und jetzt auf Bundesebene. Die Mitwirkungsmöglichkeiten sind vielfältig: Informations- und Beratungsangebote, ein Tag der offenen Tür, eine Betriebsbesichtigung, Fachveranstaltungen, Arbeitsmarktkonferenzen, Medienbeiträge.

Das Beratungs- und Informationsnetzwerk 'Integration durch Qualifizierung' (IQ) entwickelt im Auftrag der Bundesregierung und in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und nichtstaatlichen Trägern neue Strategien zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Migranten, Aussiedlern und anerkannten Flüchtlingen" (Nationaler Integrationsplan). Im Mittelpunkt stehen erwachsene Menschen mit Migrationshintergrund. Pro Qualifizierung wird gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Weitere Informationen erhalten Sie unter:

<http://www.pro-qualifizierung.de/> <<http://www.pro-qualifizierung.de/>>

Pressemitteilungen:

Pressemitteilung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 18.03.2009

Nordrhein-Westfalen setzt sich für mehr interkulturelle Entwicklungen in den Ausländerbehörden ein.

Der Staatssekretär im Innenministerium, Karl Peter Brendel, und der Integrationsbeauftragte der nordrhein-westfälischen Landesregierung, Thomas Kufen, teilen mit:

"Interkulturelle Entwicklungen wahrzunehmen und sich hierauf einzustellen ist Voraussetzung und gleichzeitig ein Schlüssel für eine zukunftsfähige Verwaltung und die Arbeit der Ausländerbehörden in unserem Land. Dazu gehört die Öffnung für Personal mit Migrationshintergrund sowie die Förderung interkultureller Kompetenz. Ebenso wichtig ist aber auch die Bereitschaft, Ausländerinnen und Ausländer verstärkt auch als Kunden anzusehen und zu behandeln", sagten Staatssekretär Brendel und der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Thomas Kufen, anlässlich der Tagung "Interkulturelle Entwicklungen in der Ausländerbehörde" heute (18. März 2009) in Dortmund.

"Der Kontakt und die Erfahrungen von Ausländern mit ihrer Ausländerbehörde sind prägend und wegbereitend für die Bereitschaft, sich in die sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Gegebenheiten in unserem Land zu integrieren. Daher kommt der interkulturellen Entwicklung eine besondere Bedeutung zu", so Brendel. Insbesondere für die Ausländerbehörden ist dieses Thema von zentraler Bedeutung. Die Tagung ermöglichte den Behörden Erfahrungen und Strategien in Bezug auf interkulturelle Entwicklungen auszutauschen. "Gerade dort ist es wichtig, dass Ausländerinnen und Ausländer auch als 'Kunden' wahrgenommen werden. Aufgrund ihrer Aufgaben als Ordnungsbehörde stößt das Bemühen um Kundenfreundlichkeit in der Ausländerbehörde jedoch auf besondere Herausforderungen und Grenzen", so der Integrationsbeauftragte Thomas Kufen.

"Rechtliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen entwickeln sich stetig weiter. Aus diesem Grund ist die interkulturelle Weiterentwicklung sowie Kundenorientierung der Verwaltung notwendig, um sich diesen Herausforderungen erfolgreich zu stellen. Sie sind aber auch der Schlüssel für eine zukunftsgerichtete und leistungsfähige Arbeit der Ausländerbehörden. Damit bilden sie eine Grundlage ordnungsrechtlicher Aufgabenwahrnehmung. Das ist kein Widerspruch", fasste Staatssekretär Brendel zusammen.

Die Ergebnisse der Veranstaltung sollen als Grundlage für einen Leitfaden dienen. Dieser werde Anregung und Orientierungshilfe für die interkulturellen Entwicklungen der Ausländerbehörden vor Ort enthalten, kündigte der Integrationsbeauftragte der Landesregierung, Thomas Kufen, an.

Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 26.03.2009

Förderung durch Lehrer mit Migrationshintergrund wirkt

Schülerinnen und Schüler aus Zuwandererfamilien, die von Förderlehrern mit Migrationshintergrund unterrichtet werden, steigern ihr Leistungsvermögen deutlich. Das belegt eine Studie des "europäischen forums für migrationsstudien" (efms) der Universität Bamberg.

Das efms hatte im Auftrag der Stiftung Mercator deren Projekt "Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund" untersucht. Dabei zeigte sich, dass 70 Prozent der Fördererschüler mit anfänglich mangelhaften Noten in Deutsch und Mathematik ihre Leistungen um mindestens eine Note steigerten. Die Schülerinnen und Schüler profitierten insbesondere dann von dem Förderunterricht, wenn sie von Lehrerinnen und Lehrern gleicher ethnischer Herkunft unterrichtet wurden.

Das Projekt hat der efms-Untersuchung zufolge einen weiteren positiven Effekt: Die Förderlehrerinnen und -lehrer, Lehramtsstudierende mit Migrationshintergrund, werden durch die Unterrichtspraxis besser auf ihren künftigen Beruf vorbereitet - und zwar sowohl in Bezug auf ihre didaktischen und pädagogischen Kompetenzen als auch im Umgang mit kultureller Vielfalt.

Kostenloser Förderunterricht für 6.500 Jugendliche

Im Rahmen des Projektes erhalten seit fünf Jahren bundesweit 6.500 Jugendliche von 1.500 Lehramtsstudierenden kostenlosen außerschulischen Förderunterricht. Die Stiftung Mercator legt jetzt einen Matching Fund in Höhe von 2,1 Millionen Euro auf, um das Projekt nachhaltig zu sichern. Insgesamt unterstützt die Stiftung den Förderunterricht mit 10 Millionen Euro. "Der Erfolg des Projektes bestärkt uns darin, das Modell 'Förderunterricht' weiterzuentwickeln und fortzuführen", erklärte Bernhard Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Mercator.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, ist von dem Förderprojekt überzeugt. "Der Förderunterricht hat bewiesen, dass er ein pragmatisches und effektives Modell ist. Er kann eine wegweisende Funktion für die Verpflichtung einnehmen, allen Kindern eine durchgängige Sprachförderung zukommen zu lassen." Die Staatsministerin erinnerte die Länder daran, dass sie im Nationalen Integrationsplan eine entsprechende Selbstverpflichtung eingegangen sind, und betonte: "Jetzt kommt es darauf an, diese Verpflichtung flächendeckend umzusetzen."

Weitere Informationen erhalten Sie unter: <http://www.bundesregierung.de/>
<<http://www.bundesregierung.de/>>

**Pressemitteilung Justizminister und Integrationsbeauftragter der Landesregierung
Baden Württemberg vom 16.04.2009**

Justizminister und Integrationsbeauftragter der Landesregierung, Prof. Dr. Ulrich Goll (FDP), veröffentlicht mehrsprachige Kommunalwahl-Informationen für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger:

„Demokratie wächst von unten und lebt vom Mitmachen aller!“

Der Justizminister und Integrationsbeauftragte der Landesregierung, Prof. Dr. Ulrich Goll (FDP) hat heute mehrsprachige Kommunalwahl-Informationen für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger veröffentlicht.

Auf der Internetseite www.integrationsbeauftragter.de <http://www.integrationsbeauftragter.de/> können ab sofort in der Rubrik „Kommunalwahl-Informationen“ Erläuterungen der Kommunalwahlen in den Sprachen der am häufigsten im Land vertretenen EU-Staatsangehörigen (Englisch, Italienisch, Französisch, Polnisch, Griechisch, Spanisch und Portugiesisch) gelesen und heruntergeladen werden.

„Als Integrationsbeauftragter der Landesregierung will ich mit diesen Wahl-Informationen dazu beitragen, dass die Wahlbeteiligung auch der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger am 7. Juni 2009 so hoch wie möglich wird. Denn die Demokratie wächst von unten und lebt vom Mitmachen aller“, betonte Goll.

„Politik in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen betrifft uns alle ganz konkret. Deshalb ist es wichtig, dass auch die große Gruppe der hier lebenden EU-Bürgerinnen und EU-Bürger von ihrem Stimmrecht Gebrauch macht“, so der Minister und Integrationsbeauftragte. Mit diesem Kommunalwahlrecht realisiere sich nicht nur ein Stück gelebtes Europa vor Ort, sondern auch die Integration, das Entstehen einer Verantwortungsgemeinschaft, komme einen wichtigen Schritt voran.

Bei den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 sind von den insgesamt rund eine Millionen in Baden-Württemberg lebenden Angehörigen von EU-Mitgliedstaaten rund 400.000 Bürgerinnen und Bürger aus Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Zypern aktiv und passiv wahlberechtigt. Zusammen mit ihren deutschen

Mitbürgern wählen sie an diesem Tag die Gemeinderäte, die Kreistage und die Ortschaftsräte in Baden-Württemberg.

Der Vertrag von Maastricht hatte im Jahr 1992 mit der Einführung der Unionsbürgerschaft die rechtlichen Voraussetzungen für das kommunale Wahlrecht für alle Unionsbürger geschaffen.

Die Kommunalwahl-Informationen können kostenlos heruntergeladen, verwendet und auf eigene Internetseiten gestellt werden.

Dokumentation zur Tagung "Qualitätskriterien für die interkulturelle Fort- und Weiterbildung - Kulturelle Vielfalt fördern und Maßstäbe setzen"

Was heißt Umgang mit kultureller Vielfalt? Welche Ziele hat sich der Facharbeitskreis Interkulturelle Öffnung hierbei gesetzt? Welche Qualitätskriterien für die Interkulturelle Fort- und Weiterbildung wurden im Facharbeitskreis entwickelt und welche Konzepte und Verfahren zur Qualitätsentwicklung in der Fort- und Weiterbildung gibt es? In der gerade erschienen Dokumentation des Facharbeitskreises Interkulturelle Öffnung zur Tagung "Qualitätskriterien für die Interkulturelle Fort- und Weiterbildung – Kulturelle Vielfalt fördern und Maßstäbe setzen“ kommen Expertinnen und Experten aus der Praxis zu Wort und berichten über ihre Erfahrungen und Ansätze. Gefördert wird das Projekt durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Die Dokumentation "Qualitätskriterien für die Interkulturelle Fort- und Weiterbildung – Kulturelle Vielfalt fördern und Maßstäbe setzen“ kann auf der Internetseite www.pro-qualifizierung.de herunter geladen und kostenlos als Printversion bestellt werden.